„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED".

J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.

Bernhard Bott, Redakteur.

Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Nach der „Revolution".

In der ganzen zivilisierten Welt verfolgte man mit lebhafter Sympathie die Wiener Unruhen, die von der amerikanischen und canadischen Skandalpresse als „Revolution" bezeichnet wurden, obwohl dafür jede vernünftige Begründung fehlt. Soweit sich aus den eingelaufenen Meldungen ersehen ließ, handelte es sich um ein spontanes Aufflackern der Volksleidenschaft, die dabei freilich mit einer geradezu wahnsinnigen Zerstörungswut vorging und mit zäher Erbitterung gegen die Polizeimacht ankämpfte.

Wer die Ursache der Wiener Unruhen verstehen will, muß die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Oesterreich in den letzten Jahren einigermaßen kennen. Ueber das furchtbar schwere Ringen unserer deutschen Brüder im Donaustaat um die Schaffung einer Existenzbasis ist nachgerade schon genügend bekannt geworden. Es war eine der vielen Torheiten der sogenannten Friedensverträge, daß man dem wirtschaftlich ohnmächtigen Oesterreich in seiner heutigen Gestalt den Zusammenschluß mit dem größeren Bruder Deutschland verwehren wollte und heute noch verwehren möchte. Zu den wirtschaftlichen und finanziellen Nottänden kamen noch, teilweise sogar als Folge derselben, die Schwierigkeiten der inneren Politik. Die Radikalisierung der Volksmassen nahm zeitweise bedenkliche Formen an. Die Tonart der roten Presse war äußerst schaff und aufreizend. Wien wird von einer sozialistischen Mehrheit regiert, während die Bundesregierung unter dem uns Deutschcanadiern wohlbekannten Kanzler Dr. Seipel bürgerlich ist. Die Spannung zwischen den zwei großen Parteigruppen, den Sozialdemokraten und den Christlich-Sozialen, hat seit den letzten Wahlen bedeutend zugenommen.

Angesichts dieser Verhältnisse kam die Explosion in Wien nicht allzu überraschend.

Sehr erfreulich ist, daß es der Regierung gelungen ist, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, wobei sie anscheinend sogar von den besonneneren Kreisen der Sozialdemokratie unterstützt wurde. Eine weitere Verwirrung der österreichischen Lage hätte für das Land unter Umständen geradezu katastrophale Folgen heraufbeschwören können. Daß diese abgewendet worden sind, ist ohne Zweifel das Verdienst des Bundeskanzlers Dr. Seipel, wozu man ihn und das österreichische Volk aufrichtig beglückwünschen darf.

Nachklänge zu den Wiener Unruhen.

Mit der völligen Wiederherstellung des Bahn-, Post-, Telegraphen- und Telephondienstes, mit dem Wiedererscheinen aller Zeitungen und der Wiedereröffnung der Theater ist das Leben in Wien wieder in normale Bahnen getreten und in den Kaffeehäusern und Gastwirtschaften herrscht wieder der gewohnte lebhafte Verkehr. Nur die zurückgebliebenen Spuren des Zerstörungswerkes am Ring und die Ruine des stattlichen Justizpalastes, der während des Aufruhrs am letzten Freitag in Brand gesteckt wurde, sind augenfällige Zeichen, daß die österreichische Hauptstadt stürmische Tage durchlebt hat.

Der Justizpalast, nur noch ein Trümmerhaufen von Marmor und Granit, muß ganz niedergerissen werden und an seiner Stelle wird ein neues Gebäude erstehen, dessen Baukosten auf zwei Millionen Dollar veranschlagt sind. Der übrige durch die außer Rand und Band geratenen Volksmassen angerichtete Schaden ist noch nicht abgeschätzt. Der Wert der von den Aufrührern verbrannten politischen, historischen und gerichtlichen Dokumente, die bei der Plünderung der Registratur des Justizpalastes auf die Straße geworfen und von dem Janhagel angezündet worden waren, läßt sich nicht in Ziffern ausdrücken. Durch den Verlust verschiedener Prozeßakten ist die Entscheidung in vielen bei den höheren Instanzen anhängigen Gerichtsfällen nahezu unmöglich geworden und infolgedessen herrscht in juristischen Kreisen die größte Verwirrung. Seitens der Rechtsanwälte wird vorgeschlagen, eine Art von Gerichts-Moratorium von wenigstens zwei Monaten anzuordnen, um die Zivilgerichte instand zu setzen, in den Wirrwarr wieder einigermaßen Ordnung hineinzubringen.

Die Zahl der bei dem Aufruhr getöteten Personen wird jetzt auf „wenigstens 100" angegeben. Die Stadt trägt zu den Begräbniskosten $15,000 bei. Die Leichen werden in einem Massengrab beigesetzt, auf dessen Stelle ein Obelisk errichtet wird, in dem die Namen der dort Beerdigten eingemeißelt werden.

Daß es dem Bundeskanzler Dr. Seipel gelang, seinen Willen durchzusetzen, die Entscheidung über die verschiedenen Streitfragen zwischen der Regierung und der Opposition dem Parlament anheimzustellen, wird als eine entschiedene Niederlage der Sozialdemokraten angesehen, die seit den letzten Wahlen eine Obstruktions-Kampagne gegen die Regierung durchgeführt hatten.

Die Forderung der sozialistischen Führer, daß sich die Regierung noch vor dem Zusammentritt des Parlaments damit einverstanden erkläre, einen bestimmten Teil der Machtbefugnisse des Kabinetts einem Ausschuß der Nationalversammlung zu übertragen, wurde vom Bundeskanzler zurückgewiesen.

Man glaubt, daß jede Gefahr weiterer Ausschreitungen jetzt vorüber sei. Die finanziellen Interessen und die Hotelbesitzer, die in den letzten Monaten bessere Geschäfte machten als seit vielen Jahren, haben sich vereinigt, um die Sozialisten zu warnen, daß die Finanzen des Landes im Inland sowohl wie im Ausland die schwersten Einbußen zu gewärtigen hätten, wenn die Sozialisten darauf beständen, die Regierung zu Zugeständnissen zu zwingen, die von der Oeffentlichkeit als eine radikale Aenderung der Regierungsform angesehen werden müßten. Bemerkenswert ist, daß der angeordnete Generalstreik selbst unter der Arbeiterschaft nicht populär war.

Die bürgerliche Presse macht den Sozialdemokraten zum Vorwurf, durch ihre unablässige Hetzerei gegen die Regierung und die offene Befürwortung eines Umsturzes die Massen zu revolutionären Taten aufgereizt zu haben. Die „Neue Freie Presse" weist darauf hin, daß Julius Deutsch erst im vorigen Monat in einer Broschüre die Möglichkeit blutiger Konflikte in Oesterreich ruhig in Betracht gezogen und daß der andere Sozialistenführer Otto Bauer in einem in der Julinummer der Monatsschrift „Der Kampf" veröffentlichten Artikel „Tod dem Kapitalismus und Enteignung allen Besitzes" gepredigt habe. Die „Neue Freie Presse" tritt auch der in dem genannten Artikel Otto Bauers ausgedrückten Behauptung entgegen, „daß die österreichische Bourgeoisie in der Revolutionszeit den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verhindert" hätte. Das Blatt schreibt: „Dr. Otto Bauer bezeugt in seiner „Geschichte der Revolution" selbst, daß die Bourgeoisie zur Zeit des Zusammenbruches vollkommen machtlos war. Dr. Bauer behauptet ferner, die politischen Ueberzeugungen der Bourgeoisie verändern sich mit den Börsenkursen. In diesem Satz zeigt der Führer der Sozialdemokraten seinen grenzenlosen Haß gegen das Bürgertum, der stärker ist als alles Streben nach objektiver Wahrheit. Dr. Bauer hat furchtbare Angst, daß der Anschluß dadurch „kompromittiert" werde, „daß die Führung der Anschlußpolitik in die Hände der Bourgeoisie überzugehen droht. Er will nicht die Rechtsangleichung, weil in dem deutschen Strafgesetz einzelne Punkte sind, die den österreichischen Sozialisten nicht passen. Er meint, es sei ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß jede Rechtsangleichung imstande sei, den Kampf um den Anschluß zu fördern. Noch ärger sind seine Bedenken inbezug auf die Mietfrage, denn es wäre natürlich entsetzlich, wenn Oesterreich jetzt schon eine vernünftige und vorsichtige Reform einschalten würde, damit wir uns nach und nach dem Systeme nähern, wie es bei den Ländern im Reich bereits durchgeführt ist. Das große Werk der Rechtsangleichung wiegt für Dr. Bauer federleicht und es bedeutet gar nichts, wenn es nicht genau so ausfällt, wie es der Opposition genehm ist.

„In dem zweiten Teil seiner Auseinandersetzung sagt Dr. Bauer: „Seit der Entwaffnung Deutschlands gibt es in Europa westlich von Rußland nur zwei bewaffnete Mächte, die gewaltige Militärmacht Frankreichs und Italiens. Die französische Bourgeoisie und der italienische Faschismus sind einig darin, den Anschluß Oesterreichs an das Reich nicht zuzulassen. Der Sturz der Herrschaft der französischen Bourgeoisie und des italienischen Faschismus: Das ist die Voraussetzung des Anschlusses Oesterreichs an das Reich."

„Wohlgemerkt," fügt die „Neue Freie Presse" hinzu, „Dr. Bauer predigt den Sturz der Herrschaft „des französischen Bürgertums", nicht etwa den Sturz Poincares, das Hinaufkommen eines Koalitionsministeriums, einen stärkeren Einfluß der sozialistischen Elemente, nein, den Sturz schlechtweg, den Uebergang von Frankreich zu einem rein sozialistischen Regime. Denn für Otto Bauer ist, wie er erklärt, der Anschluß gar nicht anders denkbar als im Verlaufe großer revolutionärer Umwälzungen auf dem ganzen Kontinent. Erst die soziale Revolution des mitteleuropäischen Proletariats wird die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes bringen."

„Das heißt also, der Führer der Sozialdemokraten will den Anschluß, aber er will ihn nur als eine Klassenbewegung, er will ihn nur im Kampf mit anderen Volksteilen, er erklärt ihn für unmöglich, solange nicht das Bürgertum zu Boden gedrückt und in seinen Rechten noch mehr verkürzt und durch das Proletariat jeder Macht beraubt wird. Er nimmt nicht einen Augenblick die kürzlich von Mussolini öffentlich gemachte Erklärung ernst, daß der Anschluß im Laufe der Natur liege. Er wiederholt in seinem Artikel zum drittenmal: „Der Anschluß kann nur im Verlaufe revolutionärer Erschütterungen Europas, nur als Begleiterscheinung einer sozialen Revolution zur Wirklichkeit werden."

Weltumschau

Deutschland.

Reichspräsident von Hindenburg hat das ihm gemachte Anerbieten, während des Sommers in Schloß Wilhelmshöhe seinen Wohnsitz zu nehmen, abgelehnt. Oberbürgermeister Stadler von Kassel, der in Berlin vom Reichspräsidenten empfangen wurde, teilte diesem mit, daß die Stadt Kassel einen Beschluß des Kasseler Bürgervereins, Schloß Wilhelmshöhe als Sommersitz des Reichspräsidenten vorzuschlagen, sich zu eigen gemacht habe. Der Reichspräsident erwiderte, daß er bei aller Würdigung des Anerbietens doch bitten möchte, von der Weiterverfolgung des Planes abzusehen. — In unterrichteten Kreisen war die Ablehnung seitens des Reichspräsidenten vorausgesagt worden. Man erinnert daran, daß ihm schon seinerzeit, als er nach Beendigung des Krieges die Auflösung des Heeres durchorganisierte, das Schloß Wilhelmshöhe als Wohnung angeboten wurde. Der Generalfeldmarschall hat damals das Bewohnen des Schlosses mit der Bemerkung abgelehnt, daß es ihm als Feldherrn nicht anstehe, ein kaiserliches Schloß zu bewohnen, während seine Truppen kaum irgendwelche Unterkunft hätten. Er begnügte sich dann, einige Zimmer im Schloßhotel Wilhelmshöhe zu bewohnen.

Der Wortlaut der Vorlage für das neue Reichsschulgesetz ist nunmehr veröffentlicht worden. Die Aufnahme seitens der verschiedenen Parteiblätter entspricht der Stimmung, die sich der Vorlage gegenüber bereits früher bekundet hat. Die Rechtspresse bewillkommt, die Blätter der Deutschen Volkspartei kritisieren, die Opposition verurteilt sie. Diese dreifache Aufnahme wird auch bei den Verhandlungen im Reichstage zur Darlegung gelangen. Die Entscheidung hängt von der schließlichen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei ab.

Auch in der Frage der erneuten Portoerhöhung stößt die Regierung auf starken Widerstand. Die Industrie-Verbände haben eine Erklärung erlassen, in der sie auf das schärfste gegen eine derartige Maßnahme protestieren.

Der Wiederaufbau der durch die Sturmfluten verheerten sächsischen Gebiete des Erzgebirges wird mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen. Das ist die Schätzung von Sachverständigen, die sich durch den Augenschein an Ort und Stelle vom Umfang der elementaren Katastrophe überzeugt haben. Der volle Umfang der Verluste und Schädigungen an Leben, Leib und Habe hat indessen immer noch nicht festgestellt werden können. Noch treffen weitere Hiobsposten von dem Schauplatz der Zerstörung ein, ist noch nicht aller aufgehäufte Schutt eingefallener Häuser nach Leichen durchsucht worden, ist die Zahl der Vermißten eine große geblieben. Was indessen klar und deutlich vor aller Augen liegt, ist das Elend und die Not, die in dem heimgesuchten Gebiet herrscht, und schon ist ein gewaltiges Hilfswerk in Bewegung gebracht. Am größten ist auch diesmal die Not unter denen, die alles, was sie besaßen, und wenn es auch keine Reichtümer gewesen sind, verloren haben und heute sich um Unterkunft und die Notdurft des täglichen Lebens sorgen müssen. Auf 70 Millionen Mark wird der angerichtete Materialschaden geschätzt. Die verloren gegangene ganze Habe der kleinen Leute ist in diese Schätzung nicht eingeschlossen, und gerade sie sind die Bedürftigsten, die wirklich Elenden. Gerade ihnen muß in erster Linie geholfen werden. Unter solcher Erwägung sind die Hilferufe auch an die deutschen Stammesbrüder im Ausland ergangen.

Die Gräfin Hanna Marie Solms-Laubach ist fest von dem Erfolg des geplanten transatlantischen Fluges ihres Gemahls und Otto Koennecke's überzeugt, und ihr Vertrauen steigert sich täglich unter Beachtung der für den Flug getroffenen Vorbereitungen. Die Gräfin hat ihre zwei Kinder unter Obhut einer Gouvernante auf dem hessischen Gut ihres Mannes gelassen und ist nach Berlin gekommen, um den Fliegern bei den Vorbereitungen zu helfen. „Obgleich ich den Plänen Joergs nie widersprochen habe", erklärte sie, „war ich naturgemäß anfangs doch etwas besorgt. Seit ich jedoch in Berlin bin, und mich mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, welch sorgfältige Vorbereitungen von Koennecke getroffen werden, und wie er alle Einzelheiten durchdenkt, bin ich vollständig beruhigt. Mein Mann arbeitet ebenfalls Tag und Nacht, um seine Kenntnisse der drahtlosen Telegraphie und der Aeronautik wieder aufzufrischen."

Deutsch-Oesterreich.

Der Zusammenbruch des Wiener Aufstands war zweifellos dem Beschluß der Regierung zuzuschreiben, treugesinnte Truppen aus den Provinzen nach der Hauptstadt zu bringen. Bei diesen Bewegungen wurde große Vorsicht beobachtet, um ja nicht den Verdacht des wohlbewaffneten sozialistischen Verteidigungskorps zu erregen, weswegen die Truppen auf dem Wasserwege hierher gebracht wurden. Als das Verteidigungskorps hiervon Witterung erhielt, versuchte es ohne Erfolg den Donauverkehr zu unterbinden. Darum änderte sich die Ansicht in den Reihen des Korps, dessen Mitglieder sich allgemein entschlossen, sich den Wiederherstellern der Ordnung anzuschließen. Ein ausschlaggebender wichtiger Faktor für den Zusammenbruch der revolutionären Bewegung lag in den Gerüchten, daß Ungarn und Italien unter Benutzung der Verwirrung sich anschicken, in Oesterreich einzufallen. Der Eifer der wütenden Sozialisten begann sich daraufhin abzukühlen, und, anstatt weitere Gewaltakte zu begehen, blieben sie in ihren Wohnungen. Das augenscheinliche Ziel des Aufstands war die Vertreibung des Kabinetts Seipel und sein Ersatz durch eine sozialistische Regierung, aber alle mehr gemäßigten Elemente unter den Sozialisten scharten sich um die Regierung und halfen bei Wiederherstellung der Ordnung, als sie sahen, daß der Aufstand mit so großem Blutvergießen und Zerstörung verbunden war.

Schweiz.

Großes Aufsehen erregte die offizielle Ankündigung, daß Lord Cecil, Mitglied der britischen Delegation zur Dreimächte-Marinekonferenz in Genf, und der britische Marineminister W. C. Bridgeman, der Führer der britischen Delegation, nach London abreisen, um angeblich mit dem britischen Kabinett zu konferieren und die Stellung der Briten bei der Konferenz klarzumachen. Auch Kapitän Edgerton, ein Sachverständiger der britischen Delegation, begab sich nach London. Infolge der Abreise dieser drei Mitglieder der britischen Delegation wurden die Konferenzunterhandlungen mehrere Tage lang unterbrochen. Die Briten lehnten eine nähere Erklärung über die Ursache der plötzlichen Abreise ab und sagten blos, daß die übrigen Mitglieder der Delegation in Genf bleiben. Man glaubt, die Briten haben eine Beratung mit dem Kabinett wegen der Unstimmigkeit der Delegationen über die Frage der Größe der Kreuzer zweiter Klasse und deren Bestückung für notwendig gehalten. Die amerikanische Delegation ist entschlossen, von ihrer Forderung, 8000-Tonnen-Kreuzer zweiter Klasse, die mit achtzölligen Geschützen ausgerüstet werden sollen, zu bauen, nicht abzugehen.

Rußland.

Frau Klepikoff wurde von einem Kriegsgericht in Kronstadt unter der Anklage, ihrem Gatten, dem Kommandeur Klepikoff, bei seiner Spionagetätigkeit zugunsten Großbritanniens behilflich gewesen zu sein, zum Tode verurteilt. Ihr Gatte, der früher ein Schiff in der Baltischen Flotte befehligte, wurde kürzlich erschossen, nachdem er der Spionage überführt worden war.

Wie man sich in Sowjetkreisen für die Unruhen in Wien interessierte, zeigen die folgenden Meldungen: Die Zeitung „Pravda", deren Interesse sich auf die Verteidigungswoche unter Ausschluß anderer Erwägungen konzentrierte, ist der Ansicht, die österreichischen Proletarier sollten schnell erkennen, daß die sozialdemokratische Führerschaft den Klassenkampf wirksam blockiert. Die Arbeiter, so sagt das Blatt, könnten den Sieg nur durch Befolgung des von Lenin festgelegten Kurses erreichen. Gegenüber unvollständigen Nachrichten über die Wiener Störungen vom Freitag und Samstag drückt die Zeitung die Ueberzeugung aus, die österreichischen Massen sollten den Augenblick zur Schaffung revolutionärer Mittelpunkte und zur Bildung von Sowjets als Grundlage für die Führung des Kampfes benützen. „Biednota", das Organ der allrussischen Kommunistenpartei, sagt, das allein Greifbare bestehe darin, daß der Ausbruch einen politischen Charakter trage und als eine Mahnung an das Schicksal dienen sollte, das die Imperialisten im Falle eines Krieges mit der Sowjet-Union erwartet.

Kriegskommissar Woroschilow sieht in der abgeschlossenen Verteidigungswoche ein geistiges Wiedererwachen der Massen und das Aufhören des falschen Sicherheitsgefühls hinsichtlich der Kriegsmöglichkeit. Er glaubt, daß alle Arbeiter sich jetzt der Gefahr und der Notwendigkeit der Bereitschaft bewußt sind. Alle Augen seien auf Heer und Flotte der Roten gerichtet, die, wie er glaubt, während des letzten Jahres eine gewaltige Stärkung erfahren haben, da ihre Offiziere theoretisch und praktisch besser ausgerüstet seien und ihre Moral auf einer höheren Stufe stehe, als die der bürgerlichen Streitkräfte. Finanzkommissar Bruckanow erklärt, die Bauern würden dem britischen Bemühen für eine finanzielle Blockade durch Ueberweisung ihrer Ersparnisse an den Verteidigungsfonds des Landes die Antwort erteilen. Das Kriegsbudget, das früher 40 Prozent des Gesamtbudgets betrug, müsse wesentlich verstärkt werden. Die Verteidigungswoche schloß in Moskau mit einer Massenversammlung, die die kriegsmäßige Darstellung eines Gasangriffs und athletische Sports brachte.

Belgien.

Nach einer Konferenz, die in Brüssel zwischen Premier Poincare, dem belgischen Premierminister Jaspar und dem Außenminister Vandervelde stattfand, wurde mitgeteilt, daß eine weitere Räumung des Rheinlandes davon abhängen wird, wieweit Deutschland den Entwaffnungsvorschriften des Versailler Vertrages nachkommt. Die französischen Informationen bezüglich der deutschen Heeresstärke bezüglich der deutschen Heeresstärke und einer Rüstungen stimmen mit denen der belgischen Regierung überein.

Premier Poincare hat die Enthüllung eines Denkmals für den auf belgischem Boden gefallenen unbekannten Soldaten Frankreichs, die in Loefen stattfand, dazu benutzt, um wieder einmal eine seiner berüchtigten Brandreden gegen Deutschland zu halten. In Gegenwart des Königs der Belgier griff der Premier abermals auf den Kriegsausbruch zurück, und erklärte, daß selbst die deutschen Aktenpublikationen die Okkupation Belgiens als wohl vorbereitet erscheinen lassen. Der deutsche Botschafter in Brüssel habe seinerzeit versucht, die belgische Regierung zu bluffen, und ihr mitgeteilt, daß Frankreich die Feindseligkeiten begonnen habe, u. a. durch Abwerfung von Bomben auf deutsche Städte und daß 24 französische Offiziere in preußischer Verkleidung über die Grenze gedrungen wären. Die belgische Regierung habe sich jedoch nicht davon überzeugen lassen. Zum Schluß fügte der Premier hinzu, daß, wenn er heute nochmals auf diese Einzelheiten der Verletzung der belgischen Neutralität zurückgreife, es aus dem Grunde geschehe, daß es für einen Augenzeugen schwierig sei, eine Entstellung dieser Tatsache zu Zwecken einer Revision des Versailler Vertrages zu dulden. Im übrigen haben, seiner Meinung nach, weder Frankreich noch Belgien aufgehört, die in Locarno begründete Politik einer Versöhnung zwischen den Nachbarn weiter zu pflegen. Eine solche Politik werde nicht nur von Vernunftgründen eingegeben, sondern auch von dem Gefühl der Humanität. König Albert rühmte darauf in kurzen Worten die durch die Kriegsereignisse bekräftigte französisch-belgische Gemeinschaft.

Palästina.

Ein anderes Erdbeben erschütterte das Heilige Land. Die Bewohner wurden durch zwei deutlich wahrnehmbare Stöße in große Aufregung versetzt. Die Bewohner flüchteten sich, wie bei dem letzten Erdbeben, dem viele Menschenleben zum Opfer fielen und das großen Schaden an mehreren christlichen Kirchen angerichtet hatte, aus ihren Wohnungen ins Freie.

Berichte über die neuen Erderschütterungen deuten an, daß niemand getötet wurde und der Sachschaden nur gering war. Der durch das erste Erdbeben angerichtete Sachschaden ist größer als anfänglich berichtet. Nach den jüngsten Feststellungen müssen wenigstens 150 Häuser neu aufgebaut werden, während viele andere nötigen Reparaturen unterzogen werden müssen.

Die Bewohner des transjordanischen Gebietes befinden sich, wie berichtet wird, in einem andauernden Zustande der Panik, da sie weitere Erderschütterungen befürchten.

Das britische Kolonialamt hat vom amtierenden Oberkommissar in Palästina ein Telegramm erhalten, das die Verluste durch das Erdbeben in Palästina mit 200 Toten, 356 Schwer- und 375 Leichtverwundeten angibt. In Transjordanien wurden 68 getötet und 102 verletzt.

Persien.

Informelle Besprechungen zwischen der persischen Regierung und verschiedenen Ländern über Verträge, einschließlich des sogenannten Kapitulationsvertrages, der Angehörige der Vertragsnationen der Zuständigkeit der gewöhnlichen persischen Gerichte entzieht, sind im Gange. Soweit bekannt ist, hat noch kein Land ein neues Uebereinkommen mit Persien zur Einsetzung der von Persien im letzten Mai mit einjähriger Frist gekündigten Kapitulationsverträge getroffen. Die Frage ist die gleiche, die in den letzten Jahren mit der Türkei und China entstand.

Vereinigte Staaten.

Trotz regnerischen Wetters hatte sich eine nach Tausenden zählende Volksmenge an der Battery zu New York eingefunden, um die heimkehrenden transatlantischen Flieger Kapitänleutnant Richard E. Byrd, dessen drei Begleiter Bert Acosta, George Noville und Bert Balchen, sowie Clarence Chamberlin, den Piloten des Eindeckers „Columbia", willkommen zu heißen. Auf dem städtischen Boot „Macom", das den Fliegern mit dem offiziellen Empfangskomitee an Bord bis zur Quarantäne entgegengefahren war, befanden sich auch die Mutter Byrds, Oberst Charles A. Lindbergh und Floyd Bennett, der durch einen Unfall verhindert worden war, den Flug der „America" als Pilot mitzumachen. Auf dem Wege, den die Flieger von der Battery nach dem Rathause nahmen, hatten sich ebenfalls dichte Massen angesammelt, doch die Mehrheit der Leute begannen sich zu lichten, als es zu regnen begann. Im Rathause wurden die Flieger von Bürgermeister Walker begrüßt, der ihnen die städtische Tapferkeitsmedaille überreichte. Von dort begaben sich die Geehrten nach dem Kriegerdenkmal am Madison Square, wo jeder Flieger einen Kranz niederlegte. Die für die Flieger geplanten öffentlichen Kundgebungen wurden durch den strömenden Regen stark beeinträchtigt. Chamberlin fuhr mit seiner Gattin und Bernt Balchen im Kraftwagen nach seiner Heimatstadt Teterboro, N. J., wo ihm von der ganzen Bevölkerung ein glänzender Empfang zuteil wurde. Mit den fünf transatlantischen Fliegern kam auch die deutsche Kunstfliegerin Thea Rasche nach Amerika. Sie brachte ihr eigenes Flugzeug und auch einen Mechaniker aus Deutschland mit.

Mexiko.

Die vom Präsidenten Calles angeordnete Freilassung von wegen „Aufruhrs" verhafteten Führern der katholischen Laien erweckt, schreibt die mexikanische Zeitung „El Universal Grafico", Hoffnung auf Beilegung des Religionszwistes und Wiederaufnahme der katholischen Gottesdienste in Mexiko. Der Chef der Geheimpolizei hat aber strikte Ueberwachung der aus der Haft entlassenen Katholiken anbefohlen und ihre Wiederverhaftung in Aussicht gestellt, falls sie „regierungsfeindliches" Gebahren an den Tag legen sollten. Kein Anzeichen spricht vollends dafür, daß Präsident Calles von seiner grundsätzlichen Forderung abgegangen ist, daß nur solche Priester ihres Seelsorgeramtes walten dürfen, welche sich den Bestimmungen der Verfassung Mexikos fügen. Priester, welche auf Befehl des Episkopats die Gottesdienste als Protestkundgebung gegen die Religionsgesetze einstellten, können nach wie vor die Gottesdienste nur dann wieder aufnehmen, wenn sie sich von Mexikos Zivilbehörden registrieren lassen. Da die meisten mexikanischen Bischöfe von der Regierung des Landes verwiesen sind und auf Per. Staaten-Gebiet, namentlich in San Antonio, Texas, in der Verbannung leben, müssen sie erst wieder im Lande und im Amt und Würden sein, bevor sie den Befehl an die Priester, die Gottesdienste einzustellen, widerrufen können.

Mexikanische Blätter melden, daß Versuche eines bewaffneten politischen Aufstandes im Staate Vera Cruz unterdrückt wurden, und daß die Lage von den Bundestruppen vollkommen kontrolliert wird. Einzelheiten über die Vorkommnisse in Vera Cruz sind in den bisher gebrachten kurzen Zeitungsberichten nicht angeführt. Die Behörden erklären, daß der ganze Staat Vera Cruz unter absoluter Kontrolle der Regierung sei. Es wird erklärt, daß sich kleine Banden zusammengerottet und in verschiedenen Orten die Bauern beraubten. Diese Banden bilden aber, wie amtlich erklärt wird, keine Gefahr und die militärischen Behörden sehen sie nicht als eine ernste Erscheinung an. Nach diesen Angaben sind die übrigen Gerüchte über eine Rebellion auf die politische Agitation in Verbindung mit der Präsidentschaftskampagne zurückzuführen.

China.

Zwischen General Tschiang-Kai-Schek, dem Befehlshaber der Nankinger Streitkräfte, und General Tschang Tsung, dem Militärgouverneur von Schantung, wurde ein Waffenstillstand vereinbart. General Tschang Tsung-Tschang, der am Anfang dieses Jahres die Verteidigung von Schanghai leitete, als diese Stadt von den nationalistischen Truppen eingenommen wurde, war letzthin von Marschall Tschang Tso-Lin angewiesen worden, die nördliche Front in der Provinz Schantung zu halten, um einen Durchbruch der nationalistischen Armeen nach Peking und Tientsin zu verhüten.

Imperialismus in China.

Die englische Monatsschrift „Foreign Affairs" hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, Vertreter solcher Völker zu Worte kommen zu lassen, denen die britischen Ausdehnungsbestrebungen zum Verhängnis wurden; ihre Aufsätze geben daher, gegenüber der britischen Stimmungsmache, die tatsächlichen Ansichten jener Völker wieder. So legt eine Betrachtung des früheren Professors an der Hochschule von Hongkong, John Rind Smith, in erschütternder Weise dar, wie im Verlauf noch nicht eines Jahrhunderts das früher freie und selbständige China in einen Zustand völliger Hörigkeit den Auslandsmächten gegenüber geraten ist, ein Vorgang, den der heutige Chinese mit „Imperialismus", zu deutsch Fremdherrschaft, bezeichnet.

Die ersten Versuche, China zu „erschließen", reichen in die Zeit der holländischen und portugiesischen Unternehmungen zurück, die nicht von Dauer waren. Erfolgreicher ging schon die britische Ostindien-Kompagnie zu Werke, welche Handelserlaubnis in Kanton erhielt und, sehr gegen den Willen des Kaisers, in riesigen Mengen indisches Opium einführte; 1839 betrug die Einfuhr schon 3½ Millionen Pfund. Außerstande, die Einschleppung dieses Gifts allein zu verhindern, belegte China den ganzen britischen Handel mit einer Sperre. Es folgten der Opiumkrieg 1840 und weitere Handelskriege, an denen sich auch Frankreich und Amerika beteiligten und die durch die Verträge von Tientsin und Peking 1858 und 1860 ihren Abschluß fanden. Das Ergebnis dieser Kriege war der „Neubau" Chinas, bei dem nach den Worten Chamberlains die Briten die Hauptbaumeister gewesen sind, und dieser Neubau wies folgende Kennzeichen auf: Fremdenniederlassungen in den größten chinesischen Häfen, die allmählich ganz unter fremden Einfluß gerieten, mit Ausnahme von Kanton, das aber durch die britische Kolonie Hongkong gesperrt ist; Fremdenrecht, sogen. Auslandsrecht und Konsulargerichtsbarkeit, d. h. Aufhebung der Selbstherrlichkeit Chinas; Fremdenaufsicht über die chinesischen Zölle; Zoll- und Steuerfreiheit der Ausländer; Einführung des Meistbegünstigungsrechts in künftige Verträge, d. h. alle Vertragsmächte verlangen dieselben Vergünstigungen, die einer Macht zugestanden werden; Entschädigungen an die Bedrücker Chinas in einem solchen Umfange, daß das Land seine finanzielle Selbständigkeit verliert; Gebietsabtretungen in Gestalt von Pachtungen auf unbestimmte Zeit. Bis 1860 war China dem Auslande so gut wie unterworfen; auf seinen Strömen übten Auslandsschiffe die Polizei aus, und Peking war von fremden Truppen besetzt. Gelegentliche Empörung des Volkes gegen diesen Zustand, wie der Tauping-Aufstand 1851—1861, bewirkten nur ein festeres Anziehen der Daumenschrauben; so benutzte England die Gelegenheit, als 1853 die Mandschu-Beamten ihre Stellungen aufgeben mußten, dazu, um die gesamte chinesische Zollverwaltung an sich zu reißen.

In den nächsten dreißig Jahren nahm die Fremdenherrschaft noch größere Ausdehnung an: Frankreich ergriff Besitz von Annam, weil Räuber Missionare getötet hatten, England nahm Burma, weil Frankreich Annam hatte, Rußland eignete sich die Amur-Provinz und das Küstengebiet an. „Einflußgebiete" kamen auf. England sprach das ganze Yangtsetal mit seinen 60 Prozent des gesamten chinesischen Handels als britisches Einflußgebiet an. Noch schneller ging es nach 1895: Japan erhielt im Vertrage von Schimonoseki Korea, Formosa und eine halbe Milliarde Kriegsentschädigung, es wurde als gleichberechtigte Macht anerkannt und erhielt damit alle Vorrechte, die die anderen Mächte schon besaßen. Kiautschau fiel an Deutschland, Kwantschauwan an Frankreich, die Kaulun-Halbinsel mit dem ganzen Mündungsgebiet des Kantonflusses an England. Rußland dehnte seinen Einfluß auf die Mandschurei, die Mongolei und das chinesische Turkestan aus. England nahm Weihaiwei, Japan Fukien. Der Boxeraufstand, diese Verzweiflungstat des zum Aeußersten getriebenen Volkes, führte zum Brande und zur Plünderung Pekings durch die verbündeten Mächte und legte China die Boxerentschädigung als weiteres Druckmittel auf. Und da es klar wurde, daß sie in absehbarer Zeit nicht gezahlt werden konnte, legten die Auslandsmächte die Hand auf die letzte Einnahmequelle Chinas, die Salzsteuer; auch sie wird durch britische Beamte verwaltet, die China besolden muß.

Das ist in kurzen Zügen die Wirkung dessen, was der Chinese „Imperialismus" nennt. Kein Wunder, daß er diesen Imperialismus verwünscht.

Hört!

Rheumatismus-Leidende!

Wir haben uns entschlossen, 10,000 freie Proben unseres einfachen Hausmittels für Rheumatismus zu verschenken. Um unseren Kundenkreis zu verdoppeln und die Popularität unserer einfachen Hausmethode überall zu verbreiten, wird jeder, der uns seinen Namen und Adresse prompt schickt, eine freie Probe portofrei ins Haus geliefert erhalten.

Freie Probe kostet nichts.

Vergeßt nicht, die Probe kostet Ihnen absolut garnichts! Wir wollen 10,000 freie Proben verschenken, um mehr Kunden zu gewinnen. Schickt nur Euren Namen und Adresse, und sobald wir sie erhalten, werden wir Ihnen die versprochene freie Probe, gut verpackt, portofrei an Ihre Adresse zusenden.

Pleasant Method Co.
Dept. B-21, 3624 N. Ashland Ave., Chicago.